

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Massaufische Schweiz
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Anzeiger für Ehlhalten,
Falkensteiner Anzeiger

Fischbacher Anzeiger

Ergänzen am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis jährlich 8.25 Mk. monatlich 2.75 Mk. Anzeigen: Die 41 mm breite Petitzeile 60 Pfennig für einmalige und auswärtige Anzeigen, 50 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 35 mm breite Kleinzeile 40 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressnachweis und Anzeigebuch 40 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen anderer Anzeigen zu

Freitag

26

November

langen Zwischenräumen nachgehender Nachtrag. Jede Nachschickung wird nur bei gerichtlicher Verurteilung der Angeklagten. — Einfache Beilagen: Jeden 24.00 Mark. Anzeigenannahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis abends 1/2 Uhr vormittags an den Erscheinungsort in der Geschäftsstelle eingebracht sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmten Stellen wird nicht berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 185 · 1920

Verantwortlicher: Dr. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Verlagsort: Kassel (Hain) 9927

Verlag: Kassel, Hauptstraße 41.
Telefon: 44.

44. Jahrgang

Deutscher Reichstag.

beschäftigte sich in seiner Mittwoch-Sitzung mit der zweiten Beratung des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrages. Zum Kapitel „Kosten für den hohen Ausschuss“, das 20 Millionen Mark vorsieht, beantragte der Ausschuss Erhöhung auf 40 Millionen Mark. Es kam zu einer langen Debatte über die Befehlung des Reiches und deren Kosten und die Rückwirkung der Letzteren auf die Kraft Deutschlands zur Erfüllung seiner Wiedergutmachungspflichten. Die Höhe der Befehlungskosten wurde kritisiert und eine Herabminderung der Ausgaben gefordert. Schließlich wurden mit den 40 Millionen Mark für den „hohen Ausschuss“ auch die übrigen Titel des Haushalts bewilligt und darauf die Sitzung geschlossen.

Die Annahme der Autonomie Oberschlesiens. Vertrauensbeweis des Reiches.

Berlin, 25. Nov. Das Gesetz über die Autonomie Oberschlesiens hat heute in zweiter und dritter Lesung die Zustimmung des Reichstages gefunden. Es stand als einziger Punkt auf der Tagesordnung, und der Reichskanzler selbst unterstrich seine weittragende Bedeutung für das Schicksal Oberschlesiens und darüber hinaus des ganzen Reiches, indem er persönlich zu einer Einführung das Wort ergriff. Er führte u. a. aus:

Der Tag der Abstimmung in Oberschlesien naht heran. Genaue Nachrichten über den Abstimmungstermin haben wir noch nicht, aber wir müssen damit rechnen, daß die Abstimmung vielleicht schon im Monat Januar stattfindet. Von welcher Bedeutung die Abstimmung für das Deutsche Reich ist, darüber brauche ich, wie ich glaube, hier kein Wort zu verlieren. Es ist zum Bewußtsein des gesamten deutschen Volkes geworden, daß Deutschland ohne die Röhre und ohne die großindustriellen Werte Oberschlesiens kaum zu leben vermag, jedenfalls nicht in der Weise, die dem Friedensvertrag nachzukommen, wenn Oberschlesien vom Reich losgerissen wird. (Sehr wahr.) Bei der ungemeinen Wichtigkeit der Abstimmung sei es begreiflich, daß sich die beiden interessierten Staaten Polen und Deutschland lebhaft bemühen, auf die Abstimmung und ihr Ergebnis in ihrem Sinne einzuwirken. Soweit das auf polnischer Seite mit erteilten Mitteln geschieht, haben wir dagegen nichts einzuwenden. Wenn es aber, wie feststeht — die Tatsachen sind Ihnen ja bekannt — mit den allerverwerflichsten Mitteln des Terrors geschieht, der sich auch zu Mordtaten hin-

reißen läßt, und dazu die Heuchelei begehrt, Unbeteiligten oder gar der deutschen Seite die Schuld dafür zuzuschreiben, so können wir das nur in höchstem Grade bedauern und für verwerflich erklären. (Sehr richtig.) Polen hat auch ein Autonomiegesetz für Oberschlesien erlassen, die Hauptfrage für die zur Abstimmung Berufenen in Oberschlesien ist aber damit noch nicht entschieden. Für den ruhig abwägenden Bürger dürfte sich die Alternative doch so gestalten: Hier die Zugehörigkeit zu einem Reiche, das trotz aller Beschwerden, die in Oberschlesien vielleicht erhoben worden sind, doch für sich in Anspruch nehmen kann, Oberschlesien auf eine ungeahnte wirtschaftliche und kulturelle Höhe gebracht zu haben, das trotz der Röhre, in denen es sich befindet, verspricht, wie früher, so auch in Zukunft Ordnung in Oberschlesien zu halten, das dort eine soziale Gesetzgebung eingerichtet hat, mit der der Nachbarstaat nie wird rivalisieren können, und das Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen hat, die Polen kaum jemals nachzuahmen imstande sein wird. Auf der anderen Seite ein Staat, der immerhin erst in der Entwicklung begriffen ist, der nach der Art seiner Zusammenfassung und angefüllt der unruhigen Bestandteile seiner Bevölkerung kaum garantieren kann für eine geordnete ruhige Staatsführung, in dem die Grundlagen für eine kulturelle Höhe, die Deutschland besitzt, für absehbare Zeit noch fehlen werden. Es ist auch hoch anzuerkennen, daß der preussische Staat, der, wie bekannt, in seiner Erklärung sich zunächst gegenüber den Autonomiebestrebungen ablehnend verhalten hat, noch im Laufe der Entwicklung zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die Autonomiefrage im Sinne der Regierungsvorlage gelöst werden muß. Wir haben im Reiche diese Zustimmung an Preußen nur gestellt aus wohl erwogenen Gründen, im Interesse des Reiches, Preußens selbst und Oberschlesiens und sind dem Reichsrat dankbar, daß er der Vorlage einstimmig zugestimmt hat. Die Aufgabe der Interalliierten Kommission in Oberschlesien wird es sein, für eine Abstimmungsart frei von allen Drohungen und allem Terror zu sorgen. Ich spreche die bestimmte Erwartung aus, daß jetzt, wo wir nicht die Mittel haben, selbst für die Ordnung Oberschlesiens zu sorgen, dafür gesorgt wird und daß alles getan wird, um eine ruhige, geordnete, von allen ungestörten Einflüssen freie Abstimmung herbeizuführen. (Bravo.) Es ist jetzt der erste Fall, wo die Neugliederung des Reiches sich in einem Teile vollzieht. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie eine allgemeine Debatte über die Neugliederung des Reiches in diesem Augenblick vermeiden würden. Wir haben das feste Vertrauen, daß die ober-schlesischen Volksgenossen,

die in den schweren Tagen der Befehlung ihre Treue zum Vaterlande gezeigt haben, dies auch bei der Abstimmung tun werden und dann in Freiheit ihr staatliches Leben im Reiche führen können zu ihrem und des Vaterlandes Wohl. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Abg. Pohlmann (Dem.) erstattet darauf den Bericht des Ausschusses zu den Verhandlungen über das Autonomiegesetz.

Der Mahnung des Reichskanzlers, die Debatte auf das eigentliche Thema des Tages zu beschränken, kam der überwiegende Teil der Redner aus dem Hause nach. So konnte schon nach verhältnismäßig kurzer Beratung das Gesetz verabschiedet werden. Die verfassungsmäßig notwendige Zweidrittelmehrheit ergab sich ohne weiteres daraus, daß nur die Deutschnationalen und die Linksunabhängigen und Kommunisten dagegen stimmten. Mit der vorbehaltlosen Annahme des Gesetzes durch die Volksvertretung des Reiches haben jetzt die Oberschlesier die Gewissheit erhalten, daß sie im Rahmen des Reiches das volle staatliche und kulturelle Selbstbestimmungsrecht erhalten haben, wenn sie es in Anspruch nehmen wollen. Den Vertrauensbeweis, den ihnen damit das Reich entgegengebracht hat, werden sie am Abstimmungstage durch ihr Votum für Deutschland lohnen.

Berlin, 25. Nov. (Wolff.) Der Hauptausschuß des Reichstages hat den Antrag der bürgerlichen Parteien angenommen, der die Zahl der Stabssoffiziere auf 600 festsetzt statt der beantragten 646. Die bisher gestrichenen 69 Offiziersstellen sollen zu den beantragten 2027 Oberleutnants und Leutnants hinzugefügt werden.

Preussische Landesversammlung.

Die Altersgrenze der Beamten.

Berlin, 25. Nov. Die Landesversammlung beriet gestern den Gesetzesentwurf, wonach die Beamten mit 65, die Richter mit 68 Jahren pensioniert werden können. Die Redner der Rechten beantragten eine Erhöhung der Altersgrenze auf 68 und 70 Jahre, die Demokraten und Sozialdemokraten lehnten jede Erhöhung ab. Das Zentrum behielt sich seine Stellungnahme vor, äußerte aber seine Sympathie mit den Wünschen der Deutschnationalen.

Finanzminister Lüdemann trat energisch für seine Vorlage ein und forderte dadurch wiederholt den lebhaften Widerspruch der Rechten heraus. Die Ueberalterung der Beamten, so führte er aus, gefährde die Samierung der Staats-

Anecht auf der Stelle zu entlassen. Würde er bleiben, sähe ich meine Autorität untergraben.

„Was fällt den Leuten nur ein,“ sagte Heinz Kopf schüttelnd. „Wir hatten bisher mit ihnen keine Not. Aber die Auffassungen können wir selbstverständlich nicht dulden. Elemente dieser Art sind im Interesse unseres guten Stammes zu entfernen.“

Die schnelle Justiz kam dem Anecht unerwartet. Aber es gab kein Zurück mehr.

Er ballte die Hände ingrimmig und verschwand im Stalle.

Endonie schlief weit in den Tag hinein. Als sie in der ersten Stunde in ihrem Boudoir aus einer zierlichen Tafel aus Meißener Porzellan mit kleinen, nachdenklichen Schüsschen den Koffa trank und ziemlich zufrieden das Reizmittel des gelblichen Abends zog, pochte es schäblich und ungeschickt.

Auf ihr verwundert gesprochenes „Herein!“ schlüpfte ein Mädchen in das Zimmer, das sich vor ihr auf die Erde warf und den Saum ihres Kleides kitzelte. Blauschwarzes, dichtes Haar, von dem einzelne lose Strähnen in das hübsche Gesicht hingen, schmückte seinen Kopf. Um die Schultern trug es ein gelbes, rotbuntes Tuch. Endonie erinnerte sich, das Mädchen schon öfter auf dem Hofe und im Hause gesehen zu haben, und forschte mit unwilliger Stimme nach seinem Begehren.

Die Aneende erhob sich und stand nun mit einem unterwürfigen Gesicht vor Endonie.

„O, armes Marinka möcht' gnädiges Frau schön bitten um Erbarmen für Jochen Almens.“

Endonie verstand nicht. Ihr verwundertes Kopfschütteln veranlaßte Marinka, deutlicher zu werden.

„O, bitt' schön, gnädiges Herr und Panie Inspektor tun böse sein und haben fortgejagt, fort, vom Hofe fort den Jochen. O, gnädiges Frau, schändes, bestes Frau, lassen Sie bleiben den Jochen. Tut's ihm sehr leid, möcht' er gern bleiben, bitt' schön, bitt' schön!“

„Ach so, der Jochen hat eine Dummheit gemacht und ist fortgejagt worden! Und du kommst nun als Fürbitterin zu mir. Was veranlaßt dich denn dazu?“

„Ist er der Schatz von armen Marinka.“

Dieselotte.

Roman von Fritz Gahner.

(Nachdruck verboten.)

Sie versprach es und fiel ihm dankend um den Hals. Warum läßt du dich nur immer quälen, Heinz, ehe du deine Einwilligung zu einer Sache gibst! Stehst du, nun verstehen wir uns ausgezeichnet.“

Es schien so. Im besten Einvernehmen saßen sie noch eine gute Weile plaudernd nebeneinander, Heinz in der stillen Hoffnung, daß ihm diese Stunde die Seele seines Weibes erschließen würde.

Noch einmal warf er weit von sich, was ihn zweifelnd gequält. Noch einmal wartete er auf das Kommen des Glückes — das bis jetzt nicht Lindenecks Schwelle überkreuzt hatte, sondern draußen von ferne stand.

Würde es endlich kommen?

Das Glück in der Ehe?

Man kam zu dem Fest ohne Ausnahme. Eine solche machten vor allem die Diebstahler. Herr von Rerlow hatte dankend abgelehnt, da Dieselotte nicht wohl sei. Damit hatte er keine Unwahrheit gesagt. Sie war wirklich leidend, ging bleich und hohlwangig durch das Haus und gab zu ernstester Sorge Anlaß. Für das kommende Frühjahr war schon ein längerer Aufenthalt im Süden vorgesehen.

Es wurde ein glänzendes Fest. Man beglückwünschte Heinz zu dem Juvöl, das er in seiner Frau besaß, und die männliche Hälfte der Gäste überhäufte die bezaubernd-schöne Wittin mit einem Schwall von Komplimenten. Trill heftete sich wie ihr Schatten an sie. Er war glücklich, daß Winter durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, und konnte sich in der ganzen, verschwenderisch ausgestreuten Gunst der schönen Frau.

Als sie beide für kurze Minuten im Boudoir allein waren, verlor er die Gewalt über sich. Er sank vor Endonie in die Arme und stammelte ihren Namen. Sie lächelte ihn an. Dann schlug sie mit dem Fächer leicht auf seine Schulter und trat zurück.

„Stehen Sie auf, Sie Schwärmer!“ sagte sie. „Sie vergessen, daß Sie im Hause meines Vaters sind.“ Aber sie lächelte wie eine Circe. Trill erhob sich. Im Nebengemach hörte man Schritte. Endoniens Züge nahmen rasch den Ausdruck nächtlicher Harmlosigkeit an.

„Sehen Sie, Herr von Trill, hier ist die Photographie unseres Gutschauses in Prudobscza,“ sagte sie so laut, daß es Heinz, der eben in den Raum trat, hören mußte, und wies auf ein Bild über der Chaiselongue. Dann fügte sie, zu ihrem Vatter gewandt, hinzu: „Herr von Trill war in jener Gegend Jofens und interessiert sich sehr für das Bild.“

Heinz lächelte verbindlich. „So, so! Aber Sie werden verzeihen, Herr von Trill, wenn ich Ihnen meine Gattin entführe. Herr von Otterburg will sich empfehlen.“

„Die Geschichte hätte ein böses Ende nehmen können,“ dachte Trill bei der Nachahmung. „Aber schließlich: Endonie wäre ein kleines Duellchen schon wert.“

Ein trüber, nahgrauer Tag froh am Morgen nach dem Feste am östlichen Himmel herauf. Von den kahlen Bäumen tropfte es leise, und durch die dicke, neblige Luft zog mit tragem Flügelschlag und trügendem Laut eine Krähenchar.

„Angelsvögel!“ fuhr es Heinz durch den Sinn, der gerade, von einem Frühritt heimkehrend, auf den Hof einlenkte. Da hörte er von den Ställen her die laute, erragte Stimme Zejewitz'. Beim Näherkommen erkannte er in dem vor dem Inspektor Stehenden einen erst vor einem Vierteljahr in Lindeneck angenommenen Anecht.

Zejewitz hatte Heinzens Kommen bemerkt und ging ihn entgegen.

„Nun, was gibt's hier schon am frühen Morgen, Zejewitz?“

Der Inspektor war vor Erregung dunkelrot im Gesicht und mußte erst einige Male mühsam nach Luft schnappen, ehe er zu antworten vermochte.

„Der Jochen Almens ist ein ganz frecher, unverschämter Spitzhube, Herr von Düringen. Vorhin überraschte ich ihn dabei, wie er ein handliches Bündel unseres teuren Hafers um die Ecke bringen will. Natürlich machte ich ihm Vorhaltungen. Und da muß ich mir von diesem Menschen noch obendrein Grobheiten sagen lassen! Ich bitte Sie, Herr von Düringen, ein Exempel statuieren zu wollen und den

Tinten

Reichstinte, Schultinte, Eisen-Gallustinte, Aleppotinte, Kopier- und Hektographentinte, farbige Tinten, Tusche, Wäschezeichnen-Tinte, Füllhalter-Tinte, **Durchschreib-(Pause)-Papiere**, blau, weiss, rot und gelb verkauft
Ph. Kleinbühl, Königstein, Hauptstr. 41, im Laden.

zustände, denn infolge der Ueberzahl alter Beamter läßt sich die Verwaltung nur sehr schwer mit den neuen Verhältnissen in Einklang bringen. (Lärm rechts.) Das ist aber der Wunsch des Volkes. (Erneuter Widerspruch rechts, lebhafter Zustimmung links!) Wir brauchen jüngere leistungsfähige Beamte, die mit der neuen Zeit innerlich nicht in Widerspruch stehen. (Erneuter Lärm und Beifall.) Auch Sozialdemokraten müssen selbstverständlich in die Verwaltung. (Stürmische Unterbrechung.) Die Beamten können jetzt schon mit 6 Jahren auf Antrag pensioniert werden. Diese Rindigungsmaßnahme soll auch der Staat haben. Die Befürchtung, daß infolge dieses Gesetzes mehr als ein Drittel der Dozenten der Hochschulen betroffen würden, ist unbegründet; an der Berliner Universität würden noch nicht ein Viertel des Lehrkörpers unter das Gesetz fallen. Das Altersgrenzengesetz entspricht rein sachlichen Erwägungen. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Die Regierung ersucht um Ablehnung aller Anträge, die auf Hinausschiebung der Altersgrenze hinauslaufen. (Lebhafter Beifall links.)

Danach wird in namentlicher Abstimmung die Ausdehnung der Altersgrenze von 65. bis zum 68. Lebensjahr (Antrag der Deutschnationalen) mit 150 gegen 101 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage wird im übrigen unverändert angenommen, mit einem Zentrumsantrag, Überschreiten bis auf weiteres von dem Gesetz auszunehmen. Daraus wurde die Beratung des Justizrats fortgesetzt.

Berlin, 26. Nov. In der Preussischen Landesversammlung fand gestern die Besprechung über den Justizetat ihren Abschluß. Angenommen wurden die sozialdemokratischen Anträge auf Zulassung der Frauen zum juristischen Vorbereitungsexamen und zum Richter- und Rechtsanwaltsstande. Auf sozialdemokratische Anregung wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, in eine ernste Prüfung darüber einzutreten, wie die Fortführung des Verfahrens gegen die Schuldigen an den Danabrüder Ausschreitungen gelegentlich der Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft im März 1920 ermöglicht werden kann. Ein demokratischer Antrag auf Zulassung der Lehrer als Geschworene und Schöffen fand mit dem Zusatz Annahme, daß die Reichsregierung das Weitere veranlassen müsse. Der Antrag der Demokraten und Sozialdemokraten auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Auflösung der Familiengüter, Fideikomisse, Erbstatuten und Lehen wurde angesichts einer zugehörigen Erklärung des Ministers zurückgezogen. Dem Reichsausschuß überwiegen man den Antrag Selmann (Deutschnat.) auf Neuordnung des Strafvollzuges und des Anstaltswesens. Heute Freitag wird das Haus die dritte Lesung der Verfassung vornehmen.

Kongreß der christlichen Betriebsräte.

Essen, 24. Nov. Im Anschluß an den gestern beendeten Kongreß der christlichen Gewerkschaften sind hier heute die Betriebsräte der gleichen Richtung zu einer Tagung zusammengetreten. Die Verhandlungen wurden durch ein Referat des Reichsarbeitsministers Brauns über die gegenwärtige Lage der deutschen Volkswirtschaft eingeleitet.

Der Minister berührte in seinem Vortrag eine Reihe von Fragen der praktischen Politik. Auf dem Gebiete der Vorfahrtstätigkeit erklärte er in allererster Linie die Förderung der Herstellung von Landarbeiterwohnungen für notwendig. Die Mittel zur Verzinsung und Amortisation der Baukapitalien müßten aus einer allmählichen Steigerung der Mieten aufgebracht werden. So erfreulich es sei, daß die Mieten bisher niedrig gehalten werden konnten, so würden auf die Dauer doch auch die Mieten dem Geldwert sich anpassen müssen. Der Redner betont die Notwendigkeit der Produktionssteigerung, von der auch die Lohnpolitik der Arbeiter

nicht losgelöst werden dürfe. Zur Sozialisierung äußerte sich der Redner unter ausdrücklichem Vorbehalt der Reserve, die er sich als Reichsminister auferlegen müsse, indem er die Frage der Durchsichtigmachung der großen Unternehmungen in den Vordergrund schob. Heute diene die Bilanz in vielen Fällen mehr der Verschleierung als der Offenbarung der Wahrheit. Eine Klärung der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches über Bilanzen mit scharfen Kontroll- und Strafbestimmungen sei dringend notwendig. Das sei die Voraussetzung für die Durchführung der Steuergeetze, des Betriebsgesetzes und auch für eine vernünftige Sozialisierung. Es sei ein Fehler, daß die Sozialdemokratie meist nur von der Vergeßlichkeit der Produktionsmittel spreche, und doch sei es noch keineswegs gemacht, daß gerade die Parlamentarisierung der Wirtschaftsleitung der richtige Weg sei. Vielleicht sei es wichtiger, den Hebel bei der Verwertung der Produktionsergebnisse anzufassen. Hierfür sei aber die Durchsichtigmachung der großen Unternehmungen notwendig. Man brauche dabei keineswegs nur auf den Gedanken der Gewinnbeteiligung in seiner alten Form zu denken.

Es folgten zwei Referate, die sich mit speziellen Fragen befaßten. Eine Diskussion bildete den Schluß. Einheitslich war in allen Reden die scharfe Ablehnung des politischen Rätegedankens, ebenso aber die hohe Einschätzung des wirtschaftlichen Rätesystems und der Wille, sich jeder Subotierung des Gesetzes zu widersetzen. Nachdrücklich betont wurde die Notwendigkeit möglicher volkswirtschaftlicher Schulung der Betriebsräte, um sie für ihre Aufgabe reif zu machen. Der Fortbildungsdruck innerhalb der Arbeiterschaft scheine durch das Betriebsrätegesetz einen starken Antrieb erhalten zu haben.

Oberschlesien.

Zu dem jüngsten politischen Mord.

Aus **Beuthen** wird berichtet: Unter dem dringenden Verdacht der Ermordung Ruplas wurde ein gewisser Heinrich Wierock aus Scharlen, der in dem Hotel Pomnisch beschäftigt war, von der Absteuierungspolizei festgenommen und dem hiesigen Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Generalstreik in Ratibor.

Am Dienstag wurde in Ratibor der Generalstreik erklärt. Alle Betriebe ruhen. Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung der Stadt wird durch die technische Nothilfe aufrechterhalten. Die Gewerkschaften stehen dem Streik fern. Die Arbeiterkassen fordern eine Wirtschaftsbefreiung von 500 M. Die Verhandlungen verliefen bisher ergebnislos. Die alliierten Truppen sind verstärkt worden. Die städtischen Betriebe wurden besetzt. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Metallarbeiterstreik in Niederschlesien.

In **Görlitz** legten am Mittwoch wegen Lohn Differenzen die Metallarbeiter die Arbeit nieder. Im Riesengebirge streikten die Arbeiter sämtlicher größerer Werke.

Batik-Papiere

prachtvolle Muster handgefertigt, in beschränkter Auswahl sowie Vorrat reich empfohlen
Ph. Kleinbühl, Königstein, Hauptstr. 41, im Laden.

Verhandlungen mit den Kontrahenten von Versailles.

Die Milchkühe.

Die Pariser Verhandlungen wegen Ablieferung der Milchkühe wurden, wie sich das „Berliner Tageblatt“ aus Paris melden läßt, vertagt, bis die deutsche Kommission dem Reichskabinett Vortrag gehalten hat. Die Kommission wollte gestern von Paris nach Berlin abreisen.

Abgelehnt.

Am 10. Juni d. J. übergab die deutsche Regierung der Völkervereinigung eine Note, wo-

rin die Rücknahme der alliierten Militärkommandos in Duisburg, Mannheim und Karlsruhe verlangt war, da sie dem Versailler Vertrag widersprächen. Die Völkervereinigung lehnte Vorschläge ab. Sie behauptet, daß die betreffenden Truppen keine Okkupationstruppen, sondern nur Kontrollposten seien, die auf Grund der Annahme zur Waffenstillstandskonvention und des Artikels 212 des Versailler Vertrages eingerichtet seien, um die Schiffahrt auf dem Rhein zu bewachen. Wie das W. B. hört, wird dieser Standpunkt von der deutschen Regierung nicht anerkannt. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Um die Ueberlassung von Schiffsraum von Deutschland.

Wie das W. B. hört, fanden am 20. und 21. November in Paris Verhandlungen mit den Delegierten der Reparationskommission wegen der Ueberlassung von 350 000 Tonnen Schiffsraum an Deutschland statt. Am 23. November wurde eine offizielle Sitzung der Reparationskommission abgehalten, in der die Angelegenheit nochmals erörtert wurde. Die Reparationskommission sagte baldige Entscheidung zu.

Politische Rundschau.

Bersärfte

Strafen für Wucher und Schleichhandel.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel, Preistreiber und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände zugegangen. Das Gesetz sieht in seinem § 1 für besonders schwere Fälle des Schleichhandels, der vorsätzlichen Preistreiber und einer verbotenen Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren und Geldstrafen bis zu 20 000 M. vor. Das Höchstmaß der Geldstrafen ist unbeschränkt. Als besonders schwere Fälle sollen insbesondere gelten: wenn der Täter aus Gewinnlust mit erheblichen Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt; wenn der Täter durch Preistreiberi und Gewinnlust die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung in besonders verwerflicher Weise ausbeutet; wenn es der Täter unternimmt, Vieh, Lebensmittel, Futtermittel oder Düngemittel ins Ausland zu verschleusen, es sei denn, daß es sich um geringfügige Werte handelt; wenn der Täter ganz oder überwiegend von Schleichhandelsgeheimnissen oder von verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände lebt. Neben der Zuchthausstrafe ist auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht zu erkennen. Den Verurteilten ist der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs im Urteil zu untersagen. Die Wiederaufnahme des Handelsbetriebes kann ihm erst gestattet werden, wenn seit Verbüßung der Strafe mindestens zwei Jahre verstrichen sind. Für die Beurteilung der in dem Gesetz genannten Straftaten bleiben die Strafakten und die Wuchergerichte zuständig. Ausländer, die verurteilt werden, können aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werden. Bei Verhängung der Zuchthausstrafe ist die Ausweisung notwendig.

Einheitliche Regelung der Beamtenbesoldung.

Dem Reichstag ging der Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung zu, der in der Hauptsache folgendes bestimmt: Das Reichsbesoldungsgesetz vom 30. 4. 1920 und seine späteren Abänderungen oder Ergänzungen, sowie die Ausführungsbestimmungen hierzu sind für die Regelung der Beamtenbesoldung in den Ländern, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften in dem Sinne bindend, daß die Dienstbezüge ihrer Beamten und Lehrer bei Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände nicht günstiger geregelt werden dürfen als die gleichzeitigen Reichsbeamten. Die Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften haben die zurzeit der Verkündung dieses Gesetzes geltenden, nach dem 31. 3. 1920 erlassenen oder in Kraft getretenen Vorschriften über die Dienstbezüge ihrer Beamten und Lehrer innerhalb dreier Monate nach Verkündung dieses Gesetzes nach dessen Vorschriften mit Wirkung vom 1. 4. ab neu zu regeln, soweit diese Vorschriften

stärker als vorher. Auch lauter. Im Dorf fand es Nachahmung in dumpferen und helleren Tönen. Endlich beruhigte sich die Meute. Und wieder schritt die atembeklemmende Stille wie ein Geipenst über die schlafende Erde, nur der Nachwind flügte leise, geheimnisvoller.

Eine Stunde schlich dahin. Im Dorf kündete der dumpfe Schlag der Turmuhr das Ende der Mitternacht. Was war das dort in der Brennerlei? Dieses wilde, rote Glähen hinter den wenigen Fenstern, immer heller, immer gewaltiger aufsteigend! Nun ein züngelndes, gieriges Leiden über das Dach hin. Augenblicke lang. Und jetzt das Hervorbrechen einer gewaltigen, zuckenden Leuchte, eines blendenden, die Nacht taghell erleuchtenden Flammenmeeres.

Graulich heute der Hund auf, zerrte wie wahnwitzig an seiner Kette und ging in ein wütendes Bellen über. Ein Anecht stieß eine Stalltür auf, um den Hund zur Ruhe zu weisen. Geblendet, entsetzt fuhr er zurück. Wie gelähmt starrte er sekundentlang.

„Feuer, Feuer!“ schrie er dann mit gellender Stimme über den Hof. „Feuer, Feuer!“

„Feuer!“

Und vom Dorfe herüber schon ein dumpfes, grauerregendes Horngetöse.

Und nach einer kurzen Weile wahnwitzig schnelles Sturmläuten.

Der Anecht brüllte sein „Feuer!“ in die Anechtstammer. Halbangelegelter stürzte einer nach dem andern heraus, rasselten alle durcheinander.

„Wecht den Inspektor!“ schreit der eine.

„Nein, den Herrn zuerst!“ ein anderer.

(Fortsetzung folgt.)

Brief-Siegellack in allen Farben.

H. Stuis als Geschenke mit Pestschaft, Einzel-Pestschaften empfiehlt

Ph. Kleinbühl, Königstein, Hauptstr. 41, im Laden.

„So, so!“ Sydonie lachte, die Sache begann ihr Spaß zu machen. „Ist es euch denn überhaupt erlaubt mit den Knechten anzubandeln?“

„O, schönes Herrin! Die Lieb' tut halt so komisch sein. Jeder hat sein bißchen Lieb'. Wer kann vor der Lieb'? Keiner nix! Sie kommt wie's Tauwetter im Frühjahr, so sicher. Und sie hängt wie die Aelt', so fest. Hat auch mich halt packt und den Jochen nicht minder fest. Und so sind wir zusammen und können uns nimmer lass'n. Totschlag'n könnt' man mich für ihn und ich würd' nicht mit dem Aug' zucken.“

Die Polin warf den Kopf zurück und in ihren dunklen Augensternen glühte die ganze Leidenschaftlichkeit des slawischen Blutes. Sie sah gar nicht mehr aus wie eine demütige, unterwürfige Büttlerin.

Plötzlich aber erinnerte sie sich ihrer Mission wieder. Sie warf sich Sydonie von neuem zu Füßen, wand ihren schlanken, schmiegamen Leib wie eine Weibengerte und stammelte unter dem Rauschen des Kleiderlaums Sydoniens:

„Erbarmen, Erbarmen, gnädigstes Herrin! Lassen's den Jochen am Hofe, armes Marinka weint sich sonst aus arme Augen. Bitt' schön, bitt' schön!“

Sydonie eckelte das häßliche Winzeln und Jammern an. „Steh auf!“ befahl sie herrlich. „Ich kann dir nicht helfen. Mich kümmert's überhaupt nicht, wenn der gnädige Herr einen seiner Knechte fortsticht.“

Aber Marinka war hartnäckig in ihrem Betteln. Sie begann noch einmal und bat zum Steinerbarmen. Dabei fiel sie immer mehr in ihr scharf atzenthulertes polnisches Ideom.

„Hinaus!“ rief Sydonie endlich zornbeugend und stieß mit dem Fuße nach der Winzlerin.

Wie von einer Ratter geblissen fuhr Marinka zurück. Ein heißer, flammender Blick traf Sydonie. Tüchlich funkelnde Augen brannten ihr entgegen. Augenblickslang stand die Abgewiesene wie ein wütendes Tier. Dann schlüpfte sie mit laienähnlichem geschmeidigen Schleichen zur Tür und verschwand lautlos und rasch wie ein Geipenst.

Das erste Grau des Abends froh über die Erde. Hinter den Scheunen nahmen zwei Abschied. Das Mädchen hing am Hofe des Burken und schluchzte in

heißem tränenlosen Weinen wie eine Verzweifelte. Er strich über das blauehaarige, dicke Haar der Fassungstosen und zückte ihr abgerissene Worte ins Ohr. Da glühte ihr Auge, und über die vollen, purpurnen Lippen glitt ein heimtückisches, teuflisches Lachen.

„Marinka, nun geh!“ flüsterte er. „Sie dürfen dich nicht vermissen. Und zur Mitternacht wirst du jauchzen.“

Dann glitt ein Schatten an den Mauern dahin. Bald ein zweiter. Sie waren verschwunden.

Ueber Lindened hing der schwarze, schwere Mantel der Nacht. Im Herrenhause erlosch ein Licht nach dem andern, verschwommen ragte der langgestreckte Bau in die dicke, feuchte Luft. Kein Laut unterbrach die beklemmende Stille. Nur ab und zu tönte von den Pferdeställen her ein dumpfes, polterndes Geräusch, wenn einer der Gäule mit dem eisenbeschlagenen Huf gegen die Box hieb. Durch die kalten Baumkronen des Parkes ging mit leisem Klagen der Nachwind. Im Dorfe schlug die Turmuhr und kündete die Mitternacht. Eben sog die feuchte Luft den letzten, dumpfen Schlag auf. Wie im steten Gleichmaß aus einer Dächerreihe glühende Regentropfen waren die matten Klänge aufeinander gefolgt.

Nun wieder die atembeklemmende, bängliche Stille. Seitab von den Ställen, ein Stück in das Feld hinein nach dem Dorfe zu, lag die Brennerlei. Der hohe Schornstein des Maschinenhauses wies wie ein massiger, drohender Arm gegen Himmel. Dicht an der Mauer entlangschleichend, schien sich eine dunkle Gestalt fortzusetzen. Oder war's eine Täuschung?

Ein flirrendes, klapperndes Geräusch erscholl, wie wenn jemand eine Feuerschleibe einbrüht, deren Splitter und Scherben zu Boden fallen. Auf dem Hofe schlug ein Hund an. zornig, böse, wie Verbrecher witternd. Nun in ein grollendes, heimtückisches, zum Zusschnen bereites Anurten übergehend, das langsam erstarrte. Wie ein banges, verhaltenes Aamen froh danach eine sekundenlange Stille durch das Dunkel der Nacht. Dann bei der Brennerlei ein Klappen, ein knurrendes, scharrndes Geräusch, das dem Ausstoßen eines Feuers gleich. Und vom Hofe her wieder das zornige, böse Gefläch, nur noch böser und heim-

...sind, als es nach diesem Gesetz zulässig ist. Beamte und Lehrer, die vor Neuregelung den Rechtsanspruch auf höhere Dienstbezüge erworben, als sie ihnen nach der Neuordnung zustehen würden, behalten ihre wohlverordneten Rechte. Dieses Gesetz gilt ferner auch für die Wartegelder, Pensionen und Hinterbliebenenbezüge. Es tritt mit dem 1. 4. 1923 außer Kraft.

Die Zentrumsfraktion.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat nun endgültig ihren Vorstand neu gewählt. Erster Vorsitzender ist der Abgeordnete Trimborn, zweiter Vorsitzender der Abgeordnete Beder-Arensberg, dritter Vorsitzender der Abgeordnete Burlage.

Heilrich-Erzberger vor dem Reichsgericht.

Berlin, 25. Nov. In der Strafsache gegen Dr. Heilrich wegen Verletzung des früheren Finanzministers Erzberger hat das Reichsgericht Verhandlungstermin auf den 17. Dezember vor dem 2. Strafsenat anberaumt. Gegen das erlassene Urteil der hiesigen Strafkammer haben sowohl der Angeklagte wie der Nebenkläger Revision eingelegt. Für Dr. Heilrich wird, wie in der Verhandlung vor der Strafkammer, Rechtsanwalt Dr. Ulsberg die Verteidigung vor dem Reichsgericht führen. Erzberger hat seine Vertretung dem Geheimen Justizrat Dr. v. Gordon und Justizrat Dr. Ehrenstein übertragen.

Rücktritt des Berliner Oberbürgermeisters.

Der Berliner Oberbürgermeister Wermuth hat mit Rücksicht auf seinen äußerst angegriffenen Gesundheitszustand und mit dem Hinweis darauf, daß er das 65. Lebensjahr überschritten hat, den Magistrat der Stadt Berlin gebeten, seine Veretzung in den Ruhestand herbeizuführen.

Die Berliner Blätter führen den Rücktritt Wermuths auf politische Gründe zurück. Der Elektrizitätsstreik habe ihn zu Fall gebracht. Zu der für Montag festgesetzten Debatte über den Ausstand der städtischen Elektrizitätsarbeiten hatten die Sozialdemokraten, die Unabhängigen und die Kommunisten beabsichtigt, ein Vertrauensvotum für den Oberbürgermeister einzubringen, um dadurch den Angriffen der bürgerlichen Parteien gegen Wermuth wegen seiner Haltung während des Krieges zu begegnen. Da im letzten Moment die Kommunisten ihre Unterschrift zurückzogen, konnte mit der Annahme des Vertrauensantrages nicht gerechnet werden. Darum sei, wie der „Vorwärts“ schreibt, der Oberbürgermeister zurückgetreten.

Kranzniederlegung an deutschen Kriegergräbern in Paris.

Am Totensonntag legte der deutsche Botschafter Dr. Mager in Paris an dem Denkmal der auf dem Friedhof Vaugrain in der Pariser Vorstadt Montrouge begrabenen deutschen Soldaten einen Kranz nieder. Mager hielt dabei an die versammelten Mitglieder der deutschen Botschaft, der deutschen Friedensdelegation und der übrigen deutschen Missionen folgende Ansprache: Ueber eine Million deutscher Soldaten liegt auf französischem Boden begraben. Unermeßlich ist die Zahl der Mütter, Witwen, Kinder und Geschwister der Gefallenen, die heute in der Heimat in ihren Gedanken und Gebeten an den Gräbern ihrer Lieben weilen. Mit ihnen gedenkt das ganze deutsche Volk in Trauer und Ehrfurcht seiner für das Vaterland gefallenen Söhne. Zur Ehrung des Andenkens an alle Freunde, die an der Front, in Hospitälern, oder in der Gefangenschaft ihr Leben für das Vaterland dahingaben und nun in französischer Erde ihr Heldengrab fanden, lege ich namens der Reichsregierung und der deutschen Heimat diesen Kranz nieder. Das deutsche Volk wird auch in seinem Unglück und seiner Not seine Helden und ihre Taten nicht vergessen. Es neigt sich in unaussprechlicher Dankbarkeit und Bewunderung vor ihrem Andenken, das ihm ein heiliges Vermächtnis bleiben wird immerdar. Für die deutschen Mütter und Frauen lege Frau Botschafter Mager einen Kranz nieder, für die deutsche Friedensdelegation Gesandter von Mutius.

Die englischen Truppen räumen Dargia.

Aus Berlin, 24. Nov., meldet das W. B.: Die englischen Besatzungstruppen in Dargia werden von dort zurückgezogen. Ihr Abtransport erfolgt in sechs Zügen, von denen täglich einer abgelassen werden soll. Die Transporte fahren über Deutsch-Euplau-Thorn-Posen-Lissa-Krausstadt-Sagan-Gerstungen-Bischshofheim. Es handelt sich also um in die Heimat zu befehlende Räumungstruppen. Von der Bevölkerung wird erwartet, daß sie sich jeglicher Kundgebung enthält.

Frankreich.

Paris, 25. Nov. (Wolff.) Präsident Lengués erließ gestern vor dem Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten und erklärte dort, daß Deutschland das Abkommen von Spa ausführe und daß die Waffenablieferungen sich verstärkt hätten. Die Prämien in Geld, die zur Besserung der Lage der Bergarbeiter Verwendung finden sollten, könnten dieser Bestimmung nicht zugeführt werden. Die Volksabstimmung in Ober-Schlesien werde gegen den 5. Januar stattfinden. Strittig sei noch die Frage, ob allen außerhalb Oberschlesiens wohnenden Oberschlesien das Stimmrecht verliehen werden soll. Es handle sich um 250 000 bis 300 000 Deutsche. Das könne eine große Gefahr für die Ordnung bedeuten. Die internationalisierte Kommission werde demnächst ihre Entscheidung in dieser Frage treffen.

Völkerbund.

Genf, 25. Nov. (Wolff.) Die erste Kommission lehnte am 22. November die Abänderungsanträge zum Völkerbundsakt, die von den drei skandinavischen Staaten ausgingen, mit 20 gegen 8 Stimmen ab. Auch die Schweiz befand sich neben Großbritannien, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien u. a. unter den Abänderungsgegnern. Nur Argentinien, Holland, Kuba, Kanada und Siam stimmten mit den norwegischen Ländern. Frankreich vertrat den Standpunkt, daß keine Änderung des Völkerbundsaktes in Beratung gezogen werden dürfe, das als eine Revision der Bestimmungen des Versailler Vertrages erscheinen könnte.

Genf, 25. Nov. (Wolff.) Das Präsidium der Völkerbundsversammlung teilt mit, daß die nächste Sitzung auf Dienstag den 30. November anberaumt sei. Die Kommission wird aufgefordert, in Zukunft den Pressevertretern mündlich Auskunft über das Fortschreiten der Arbeiten zu erteilen.

Lokalnachrichten.

Königsstein, den 26. November 1920.

* Der am 25. September unter dem Verdacht eines verübten Einbruchs bei einer hiesigen Firma verhaftete Einwohner stand dießhalb am Montag vor der Strafkammer Wiesbaden. Wegen nicht ausreichenden Beweises wurde derselbe freigesprochen.

* Am 5., 6. und 7. Dezember veranstaltet der Bund für Volksbildung, Fachabteilung für bildende Kunst, in Höchst a. M. eine Weihnachtsausstellung im großen Saal des Gasthauses „Zur Sonne“. Es ist hier Gelegenheit geboten, aus der großen Menge der manchmal sehr minderwertigen, aber unter dem Namen Kunst vertriebenen Gegenständen nur gute, ausgewählte Arbeit zu sehen. Zur Ausstellung gelangen außer einigen Originalwerten aus der Architektur, Malerei, Graphik und Plastik Reproduktionen der verschiedensten Art, illustrierte Bücher, kunstgewerbliche Arbeiten, Keramik, künstlerisches Spielzeug usw. Ferner wird die Abteilung für Bucherzweigen eine große Auswahl alter Bücher zum Verkauf bringen. Um die Heimatkunst zu fördern, hat der Bund eine Mappe „Rassantische Heimatbilder“ herausgegeben, welche eine Folge von 12 malerischen Ansichten aus Höchst und dem Taunus enthält. Die Blätter sind entworfen von unserem Mitbürger Herrn Maler Biring und Herrn Maler Schönsfeld, Soden a. Taunus. Die Mappe, welche auf der Ausstellung zum Verkauf kommt, dürfte für den Weihnachtstisch sehr geeignet sein, besonders da der Preis M. 6.— als ein sehr niedriger bezeichnet werden muß. Gleichzeitig richtet der Bund an alle hier beheimateten künstlerisch schaffenden Kräfte die Aufforderung, Arbeiten, die in den Rahmen dieser Ausstellung passen und sich gern sehen lassen wollen, der Ausstellungsleitung zur Verfügung zu stellen. Die betreffenden Gegenstände können bis zum Donnerstag den 2. Dezember bei Herrn Bildhauer Leonhardt, Somburgerstraße 15, abgegeben werden. Nähere im Inserat in der Samstagnummer.

* Die neue Zeitungsgebührenordnung, die ursprünglich bereits am 1. Juli d. J. in Kraft treten sollte, aber auf Wunsch der Zeitungsverleger zweimal hinausgeschoben wurde, tritt laut Kabinettsbeschluss nunmehr am 1. Januar 1921 in Kraft.

* Altenheim, 25. Nov. In letzter Nacht wurde in die hiesige Kirche ein Einbruch verübt. Nach Durchbrechen von Tür und Wand nahmen die Einbrecher, soweit zu übersehen ist, einen Kasten mit Wertsachen mit sich. Der Kasten wurde herabgeworfen, doch muß derselbe erst wieder geöffnet werden, da auch dessen Schlüssel von den Dieben entwendet wurde.

* Schneidheim, 25. Nov. Drei Diebe verübten in letzter Nacht in die Kirche ein Einbruch, wurden jedoch dabei gestört und entkamen unerkannt. Wahrscheinlich handelt es sich um die gleichen Einbrecher, welche in derselben Nacht den vorstehend gemeldeten Diebstahl in der Altenheimer Kirche begangen.

Von nah und fern.

Homburg v. d. H., 25. Nov. Drei junge Leute, die in Oberursel durch Einbruch ein Fahrrad und Schafswolle gestohlen hatten, wurden verhaftet und auf dem hiesigen Amtsgericht vernommen. Nach ihrer Entlassung erschloß sich der eine von ihnen.

Hanau, 25. Nov. Vor der hiesigen Strafkammer begannen gestern morgen die Verhandlungen über die Geizhalsdiebstähle, die während des Krieges zum Nachteil des Landgrafen von Hessen ausgeführt worden waren. Innerhalb eines Jahres verschwanden aus den Schloßräumen 15 wertvolle Gemälde, von denen die Hälfte wieder zur Stelle geschafft wurde, während die andere Hälfte von einem im besetzten Gebiet sich aufhaltenden, früher in Hanau garnisonierenden Unteroffizier nach Paris verschoben worden ist. Die Gemälde repräsentieren einen Wert von mehreren hunderttausend Mark. Angeklagt sind 16 Personen; Kausleute, Altertums Händler, Kunstmalers u., die in Frankfurt, Hanau und Berlin beheimatet sind. Drei Tage sind für die Verhandlungen vorgezogen.

Wetzlar, 24. Nov. In der Sonntagsnacht ist in den Dom eingebrochen worden. Die Diebe stahlen sechs große silberne Leuchter, zwei silberne Tabernakel-Leuchter, eine elfenbeinerne Christusfigur, die von dem Kreuze abgeschraubt worden ist, und ein längliches Gefäß aus Messing zum Aufbewahren von Hostien, innen vergoldet.

Leipzig, 23. Nov. Das „Leipziger Tageblatt“ meldet: Im Buchwalde im Bezirk Bauhen wurde an dem Baurer Johann Rowinski ein Raubmord verübt. Der oder die Verbrecher haben nach der Tat sein Haus angezündet und unter den Trümmern fand man die Leiche des Ermordeten mit schweren Kopfverletzungen. Rowinski hatte sein Anwesen verkauft und das Geld bei sich zu Hause aufbewahrt, was die Täter gewußt haben müssen. Bei der Leiche des Ermordeten raubten Einbrecher vor einigen Tagen 40 000 Mark.

Brände.

Höchst, 24. Nov. Ein Großfeuer in den Farbwerken zerstörte den zur unteren Fabrik gehörenden großen Werkstättenraum, in welchem Zimmerer, Glaser, Weißbinder, Dachdecker usw. tätig waren, samt allem, was an Werkzeugen, Vorräten usw. darin war, in kurzer Zeit völlig ein. Alles bis zum Fundament wurde ein Raub der Flammen. Da Brandstiftung vermutet wird, hat die Direktion der Farbwerke eine Belohnung von 20 000 M. zur Ermittlung der Täter ausgesetzt.

Rassel, 25. Nov. Durch ein Brandunglück ist das Hauptgestüt Bebered mitterbrannt. 39 einjährige Vollblutpferde kamen in den Flammen um.

Wassersburg, 22. Nov. (Der rote Hahn.) Im benachbarten Groß-Ostheim entzündeten Sonntag früh an neun verschiedenen Stellen Brände, die neun mit Vorräten aller Art reich gefüllte Scheunen vollständig einäscherten. Das Vieh konnte gerettet werden. Da der Brand an neun Stellen zugleich ausbrach, liegt zweifellos Brandstiftung vor. — Auch aus der Südwaldsee Bayerns, dem Allertal werden verheerende Brände gemeldet, die große Bauernhöfe in Asche legen. So brach bei Ulm am Samstag Vormittag in einem Ort an zwei Stellen zugleich Feuer aus, das zwei der größten Bauernhöfe, deren Besitzer als hartherzig in der Umgegend vertrieben sind, vernichtete.

Tutzingen, 25. Nov. (Wolff.) In Fridingen hat gestern ein Großfeuer acht Wohn- und Wohnwirtschaftsgebäude eingeäschert, wodurch 18 Familien obdachlos geworden sind.

Die vormalige Kaiserin ernstlich erkrankt.

Amsterdam, 23. Nov. (Wolff.) Die Blätter melden aus Schloß Doorn: Das Befinden der vormaligen Kaiserin ist besorgniserregend. Prinz Eitel Friedrich ist aus Deutschland in Doorn eingetroffen. Auch die Tochter des Kaiserpaars wird erwartet.

Berlin, 24. Nov. (Wolff.) Wie verschiedene Blätter berichten, ist Hofprediger Dr. v. D. nach Haus Doorn abgereist, um der früheren Kaiserin auf ihren Wunsch zur Seite zu sein.

Berichtigung.

Nach einer uns zugegangenen Mitteilung bedarf der in Nr. 184 veröffentlichte Reichstags-Sitzungsbericht einer Berichtigung. In der betr. Nr. war zu lesen, daß bei der Debatte über die Kapitalverchiebungen Abg. Müller-Franken (Soz.) gesagt habe: Im übrigen stellen wir fest, daß einzelne Fälle dieser Art schon zur Zeit geschehen sein mögen, in der unsere Freunde im Amt saßen, sonst würden wir eingeschritten sein. Nach dem Stenogramm soll der Endsatz aber heißen: Sie sind uns jedenfalls nicht bekannt geworden, sonst würden wir eingeschritten sein. Den Sitzungsbericht entnehmen wir einer anderen Zeitung. Der Fehler dürfte somit schon dem ersten Berichterstatter unterlaufen sein.

Wenn man mit Anzeigen etwas erreichen will,

so ist und bleibt die Hauptsache, dass man nicht nachläßt zu inserieren. Man muß den Leuten sein Geschäft immer und immer wieder in Erinnerung bringen, solange, bis es „einschlägt“. Den Weg hierzu bietet Ihnen

Ihr Inserat in der Taunus-Zeitung.

Evangel. Jünglingsverein Königsstein
Samstag, den 27. November, abends 8 Uhr.

Kleiner Kurobericht vom 25. 11. 1920

mitgeteilt von der Landesbankstelle Königsstein ohne Gewähr

	25. 11.		25. 11.
1 Reichsanl.	77.50	Berliner Börs.	234.—
5 Reichsanw.	98.50	Deutsche Bank	825.50
u. 15. 11.	—	Darmstädter Bk.	179.—
4 1/2 1916	81.—	Dresdner Bank	224.—
4 Reichsanl.	65.25	D. Eff. u. B. Bk.	155.50
4 Reichsanw.	59.50	Höchst. Bank	155.25
3 1/2	70.75	Meißner, Cred. Bk.	177.50
3 Preuss. Consols	63.80	Neubank Leipzig	246.50
3 1/2	56.—	Reichsbank	340.—
3 1/2	53.80	Reichsbank	274.50
4 Hessen	70.25	Röhm. Bank	325.—
3 1/2	60.90	Sächs. Bank	590.—
3 1/2	53.—	Chem. Reichsbank	430.—
4 Rheingraben, Anl.	96.70	Sächs. Bank	460.—
4 D. L. B. Bk.	100.80	Sächs. Bank	243.—
4 Frankfurt, Stadtanl.	107.25	D. Bk. u. Südbank	860.—
4 Rauter	89.25	Siemens & S.	350.25
4 Wiesbad.	97.—	Schuldenwerk	275.—
4 Kr. Hyp.-B. Bk.	102.25	Südamer. Bergb.	530.—
4 D. L. B. Bk.	99.90	Südamer. Bergb.	880.—
4 Meiningen Bk.	99.30	Südamer. Bergb.	406.50
4 Rhein. Hyp. Bk.	102.50	Südamer. Bergb.	417.—
4 Westf. Boden	101.—	Südamer. Bergb.	588.—
4 Pruz. B. Bk.	105.75	Südamer. Bergb.	720.—
4 R. Bk. 28. Aug.	101.—	Südamer. Bergb.	566.—
4 R. Bk. 28. Aug.	100.50	Südamer. Bergb.	206.50
3 1/2	94.—	Südamer. Bergb.	193.50
3 1/2	93.—	Südamer. Bergb.	592.—
3 1/2	91.—		
3 1/2	89.—		
3 1/2	85.—		

Devisenkurse der Frankfurter Börse.

	25. 11.	25. 11.	25. 11.	25. 11.	Freiburg
Holland 100 fl.	2180.30	2184.70			170.—
Dänemark 100 Kr.	969.—	971.—			112.50
Schweden 100 Kr.	1398.60	1401.40			112.50
Schweiz 100 Fr.	1126.30	1128.70			81.—
Wien 100 Kr.	—	—			85.—
D. L. B. Bk.	944.—	946.—			81.—
Rabrid 100 Bel.	430.50	432.50			81.—
Konstantinopel 100 L.	24925.—	24975.—			20.40
London 1 £.	72.1750	72.32 1/2			4.20

Amtliche Bekanntmachungen.

Betr. Kochmehl.

Das sogen. Kochmehl, Weizenmehl 75%iger Ausmahlung, ist eingetroffen und kann von den Händlern gegen Vorlage einer Bescheinigung über die Zahl der abgelieferten Marken bei dem Kreis-Lebensmittelamt in Königsstein sofort in Empfang genommen werden. Kreis-Lebensmittelamt.

